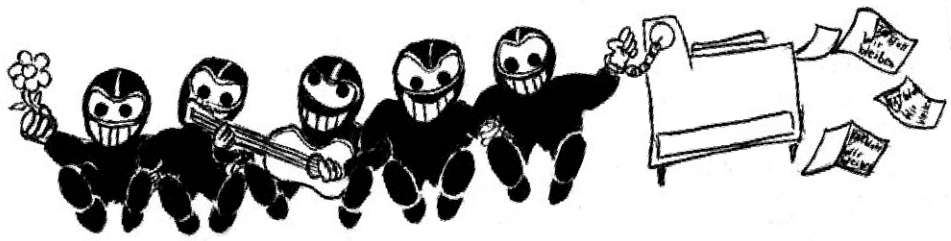
TATblatt +215

Die Zeitung, die bleibt...

mit 12 Seiten
EKH-Special



Castortransport | Sogwirkung
Tote werden in Kauf genommen!

Asyl | Europäischer Festungsbau
EU-Masterplan gegen Migration

GB | Einschüchternde Gesetze
Der britische Rechtsstaat produziert Menschenrechtsverletzungen am laufenden Band

November 2004
EUR 1,40

In dieser Ausgabe ...

02 **Editorial** | Guten Tag

03 **Castortransport** | Todessog

05 **Blockade** | Helfer in Uniform

06 **Radioballet** | Zerstreut!

07 **Gegen Rechts** | in Kürze

08 **Gegen Asyl** | Masterplan gegen Migration

09 **Rassismus** | Propaganda

11 **Öko** | Kurzmeldungen

12 **Arbeit** | Accor-Hotels

13 **Gott** | gegen Starbucks

14 **Paranoia** | Überwachung

16 **GB** | Einschüchterndes Recht

17 **Burma** | Machtkampf

17 **Usbekistan** | Terrorachse

18 **Buch** | Türkengräuel und Habsburgs Machterhalt

19 **an.schläge** | Monatlicher Feminismus

EKH-Special

01 **EKH** | Woher? - Wohin?

02 **TATblatt** | Stellungnahme

05 **KPÖ** | Jenseits! von Gut und Böse

06 **EKH** | Widerstandschronik

08 **damals** | im TATblatt

09 **Freiräume** | Häuser, Zentren, Wickel

11 **Buch** | Soziale Kämpfe in A

12 **EKH** | Comic

Guten Tag!

die vorliegende Ausgabe des TATblatts ist in zwei Teile geteilt: Die Seiten eins bis zwanzig sollen eine "normale" Nummer repräsentieren, der von eins bis zwölf durchnummerierte Teil in der Mitte ist ein "EKH-Special". Der Clou: Das EKH-Special wird in größerer Auflage produziert und bei allerlei Gelegenheiten zur Verteilung gebracht. Am besten etwa dann, wenn Walter Baier gerade Torten essen will (oder muss)...

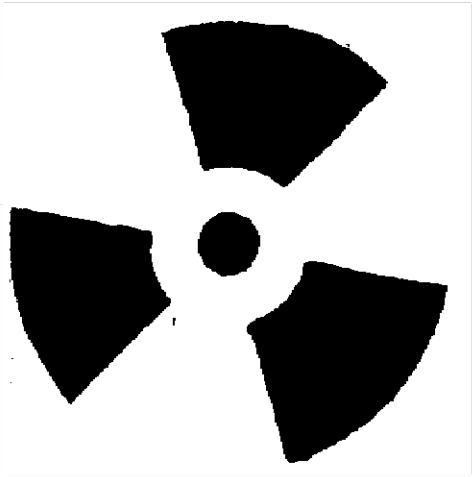
Solltet Ihr also Walter demnächst einmal zum Tortenessen einladen wollen oder andere Gelegenheiten finden, diese Seiten unter interessierte Leute zu bringen, dann könnt ihr gerne bei uns kostenlos ein paar dieser Sonderausgaben bestellen. Zusammenlegen müsst ihr sie aber selbst.

So, und nun eine andere Sache: In einer Nacht und Nebel-Aktion hat das Parlament am 18. November die Kinderbeihilfe für Kinder von AsylwerberInnen abgeschafft. Das allein verstößt schon in mehrfacher Hinsicht gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Aber es kommt noch dicker: Begründet wurde die Streichung der Kinderbeihilfe mit der seit Mai 2004 angeblich gewährleisteten Grundversorgung für Flüchtlinge. Am 20. November sistierte der Landeshauptmann von Kärnten, der als Erster die Streichung der Kinderbeihilfe gefordert hatte, einseitig jenes Abkommen mit der Republik, das die Grundversorgung gewährleisten soll. Andere Bundesländer – etwa Tirol – haben bereits angedeutet, zu folgen. Die Grundversorgung von Flüchtlingen steht somit gerade rechtzeitig zu Beginn der Kälteperiode vor dem Aus...

Im Wettrennen um die rassistischste Politik in diesem Land kann aber Innenminister Strasser inzwischen wunderbar mit Jörg Haider mithalten: Sein Vorschlag, eine Rechtszugsinstanz für Flüchtlinge zu sperren und eine "Sicherungshaft" einzuführen, übertrifft so ziemlich alles, was Haider je öffentlich gefordert hat. Es scheint Strasser dabei ganz und gar nicht zu stören, dass "Sicherungshaft" frappant an die "Schutzhaft erinnert; jene "Schutzhaft", die den Nazis die Ausschaltung der Demokratie und die Inhaftierung der politischen Gegner 1933 so unendlich leicht machte...

Auch wenn wir Walter Baier viele Einladungen zu Kuchen oder ähnliche Annehmlichkeiten wünschen, sollte nicht vergessen werden, dass mit Schüssel, Haider, Strasser oder Gehrer Leute in Österreich an der Macht sind, die unter Demokratie vor allem ein Mittel zur Durchsetzung ihrer persönlichen Machtinteressen sehen. Strassers Asylrechts-Vorstellungen, Gehrers Uni- und ÖH-Reform oder die geplante Kaperung des Gesundheitssystems durch die ÖVP markieren Linien, die nicht überschritten werden dürfen. By all means necessary...

Atommülltransport
mit Todesfolge



Ein französischer Atomkraftgegner wurde beim Versuch getötet, den jüngsten Castor-Transport mit nuklearen Abfällen aus der Wiederaufbereitungsanlage WAA La Hague in Frankreich nach Gorleben in Deutschland zu stoppen. In Deutschland gab es darauf hin neben den ohnehin stattfindenden Blockaden Protestdemonstrationen in ungefähr 25 Städten, die zum Teil mit Einkesselungen und Verhaftungen durch die Polizei beendet wurden.

TATblatt

Am 7. November versuchte sich bei Avricourt (Dep. Meurthe-et-Moselle) in Lothringen (Lorraine) Sebastian Briat an das Gleis zu ketten und wurde von dem Castor-Zug getötet. Drei Stunden später war der Zug wieder in Richtung Deutschland unterwegs. Nach Angaben der Präfektur des Departements Meurthe-et-Moselle "hat sich gegen 14:40 Uhr eine Gruppe von acht Personen auf das Eisenbahngleis begeben. Nachdem der Zug mit gedrosselter Geschwindigkeit eine Kurve durchfahren hatte, sei er auf die Gruppe gestoßen, die sich zerstreute, mit Ausnahme einer Person, die verletzt wurde. Trotz der sofort am Unfallort geleisteten Rettungsmaßnahmen ist der junge Mann an den Folgen seiner Verletzungen gestorben", gab die Präfektur bekannt. Der Großteil der Angaben erwies sich als Lüge.
Er "hatte sich an die Schienen gekettet und ihm wurde ein Bein abgetrennt", erläuterte etwas später der Staatsanwalt von Nancy, Michel Senthille. Nach Angabe von Senthille "fuhr der 400 m lange und 2000 Tonnen schwere Zug mit 100 km/h und kam aus einer Kurve, als er den Demonstranten verletzte". Die Gruppe hatte "eine aus einem großen Rohr bestehende Vorrichtung auf dem Gleis" plaziert, an das sich vier Aktivisten ankoppeln konnten, "die sich ans Gleis fesseln können, sobald der Zug hält", wie er angab. "Drei der Aktivisten gelang es, sich zu lösen, fügte der Staatsanwalt hinzu.
Laut Senthille waren die AktivistInnen wahrscheinlich im Wald verborgen gewesen, denn sie waren von einem Motorradfahrer der Gendarmerie nicht entdeckt worden, der drei Minuten vor dem Zug auf einem Weg längs der Eisenbahnstrecke voranfuhr. Ein anderer Motorradfahrer unmittelbar vor dem Zug "hat die jungen Leute gesehen und dem Lokführer ein Zeichen gegeben, der aber den Zug nicht mehr rechtzeitig anhalten konnte". Ein Hubschrauber zur Sicherung des Transports war zum Zeitpunkt des Unfalls weggeflogen um zu tanken.

Briat stammte aus dem Nachbardepartment Meuse, Lorraine, und war Aktivist einer regionalen Anti-Atom-Gruppe. Im Meuse wird derzeit ein Atomendlager gebaut. Briat war ein mit Blockaden erfahrener Aktivist, ebenso wie die anderen Beteiligten.
Anlaß für Fragen und Vermutungen war sofort auch, daß nur kurz davor in Laneuveville-devant-Nancy der Zug für zwei Stunden, von 11.20 bis 13.20, durch zwei ebenfalls angekettete AktivistInnen der Gruppe 'Action directe pour l' écologie' (Direkte Aktion für den Umweltschutz) aufgehalten wurde. Trotzdem fuhr der Zug in weiterer Folge faktisch ohne Sicherungsmaßnahmen mit 100 km/h weiter.
Nach einer Woche gingen Anti-AtomAktivistInnen mit der Behauptung an die Öffentlichkeit, daß sich die Vier, also auch Briat, nicht an das Gleis gekettet hatten. Darauf hin mußte der Staatsanwalt seine Darstellung öffentlich revidieren. Es ist nun auch nach Bestätigung durch die Staatsanwaltschaft klar, daß Briat durch den Sog des mit hoher Geschwindigkeit fahrenden Zuges angezogen und in der Folge getötet wurde. Seitdem schieben sich Verwaltungsbehörden, Polizei und SNCF gegenseitig die Schuld zu. Unzweifelhaft steht auch fest, daß der Zug zeitweise mehr als die erlaubten 100 km/h gefahren ist.
Zu klären wird es neben den Todesumständen aber auch noch etwas anderes geben. Der Castorzug war mit falschen Ladepapieren unterwegs. Statt "DHA" (Déchets hautement actifs) waren die Wagen mit nur "combustibles usés" (abgebrannte Brennelemente) beschriftet. Doch die transportierten Glaskokillen bestehen zu fast vollständig aus hochradioaktivem Atommüll, abgebrannte Brennelement nur zu etwa 5%. Das Gefährdungspotenzial von Glaskokillen ist deutlich höher.

Es ist nun klar, daß Briat durch den Sog des mit hoher Geschwindigkeit fahrenden Zuges angezogen und in der Folge getötet wurde. Seitdem schieben sich Verwaltungsbehörden, Polizei und SNCF gegenseitig die Schuld zu.

Blockaden in Deutschland

Deutlich geschockt wurden in Deutschland trotzdem zahlreiche Blockaden durchgeführt. Begonnen hatten die Aktionen am 6. Nov. mit einer Auftaktkundgebung in Dannenberg bei Gorleben zu dem Zeitpunkt, als der Zug in Valognes in der Normandie wegfuhr. Mit etwa 5.000 TeilnehmerInnen war die Demonstration so gut besucht wie seit Jahren nicht. Nach der Todesmeldung fanden zahlreiche Trauerkundgebungen in Gorleben und Demonstrationen in deutschen Städten statt.
Während sich die Polizei rund um Gorleben, selbst bei einer autonomen Spontandemo mit Angriffen auf Polizeiautos, eher zurückhielt, wurde die Demonstration in Hannover eingekesselt, mit Polizeihunden terrorisiert und die TeilnehmerInnen verhaftet. Auch in Magdeburg und in Hamburg kam es zu Polizeiattacken.
Mit dem Herannahen des Zuges in Gorleben legte die Polizei aber auch dort deutlich an Brutalität zu. Zahlreiche Blockaden an der Strecke mit jeweils 100 bis 200 BlockiererInnen wurden mehr oder weniger gewaltsam geräumt. Während eines glorreichen Höhepunktes angemessenen polizeilichen Handelns wurde eine Jugendliche mit der Waffe bedroht. Sie war mit einem von insgesamt drei Traktoren auf einem Acker unterwegs und wurde von Polizeifahrzeugen verfolgt. Als einer der Traktoren einen Rundballen Stroh auf die Gabel nehmen wollte, reagierte die Staatsgewalt entschlossen. Dabei stellte sich einer der Polizisten vor den Traktor, in dem nur die 16-Jährige und ihr Freund saßen. Der Arm des Gesetzes zog seine Pistole und zielte in Richtung der Führerkabine. Anschließend wurde ein anderer Traktor von einem Räumfahrzeug der Polizei bedroht und vorn an der Seite gerammt und beschädigt.
Bei einer Blockade in Harlingen wurde massiv auf DemonstrantInnen mit Schlagstöcken eingeprügelt. Ab der Verladung am Bahnhof auf den letzten 20 km auf der Straße bis zum Atommüllager kam es zu Einkesselungen, Verhaftungen, massiven Prügeleinsätzen, Einsatz von Hunden ohne Beißkorb und Anwendung von Pfefferspray. Um zwei Uhr früh setzte die Polizei Wasserwerfer im Wald bei Gorleben ein.
Insgesamt waren in Deutschland 11.000 PolizistInnen in Gorleben und mehrere Tausend im ganzen Land im Einsatz.

Grüne Reaktionen

Nun wurde ein weiterer rotgrüner Atomtransport ans Ziel gebracht, auch um den Preis eines Toten. Die Grünen, die auf Kundgebungen der Anti-Atom-Initiativen in Gorleben schon lange Redeverbot haben und unerwünscht sind, reagierten allenfalls mit Zynismus. Die Europaabgeordnete Rebecca Harms sagte, "der junge Mann in Frankreich habe ein zu großes Opfer gebracht". Sie empfahl den Abbruch der Proteste. "Es ist nicht ratsam, jetzt noch Aktionen zu machen. Ich denke, es ist richtig, sich nur stumm und in Trauer am Zwischenlager zu versammeln." Die niedersächsischen Grünen sagten eine eigene Aktion ab. Umweltminister Trittin, der die Transportgenehmigungen erteilt, schwafelte von "Besonnenheit".

Atomtote

Allerdings gibt es auch für die Toten bei Demonstrationen einige VorgängerInnen von Sebastian Briat.
Während einer Demonstration im Jahr 1977 gegen den Superphenix in Creys-Malville funktionierte die Sonderpolizeitruppe CRS den Demonstrationsort zu einem Schlachtfeld um. Vital Michalon wurde durch eine Polizeigranate getötet, drei weitere DemonstrantInnen verstümmelt. Durch die Nähe zur Schweiz befanden sich zahlreiche schweizerische AtomgegnerInnen in Creys-Malville. Nach dem Tod von Vitalon versuchten autonome AtomgegnerInnen aus der Schweiz den beinahe fertiggestellten Reaktorkern mit einer Rakete zu zerstören, was jedoch wegen ungenauen Zielens scheiterte.
Ebenfalls 1977 wurde ein in Bau befindlicher Hochspannungsmast zum AKW Fessenheim im Elsass (Alsace) in Frankreich besetzt. Militante AKW-BefürworterInnen verübten einen Brandanschlag auf die BesetzerInnen und verletzten einen von ihnen schwer.
Die größte Heldentat der französischen Atommafia war das Attentat auf das Greenpeace-Schiff Rainbow Warrior 1985 in Neuseeland, um Proteste gegen die Atomtetsts auf Muroroa zu verhindern. Den Anschlag führte ein Agent des Geheimdienstes aus, bei dem das Schiff sank und ein Fotograf an Bord starb. Der Agent wurde von Frankreich aus dem Gefängnis in Neuseeland herausgeholt und in Frankreich mit Orden behängt.

> Selbstverständlich hat die Atomindustrie schon mehr Tote verursacht, als es die unmittelbar bei Demonstrationen Gestorbenen sind. Strahlenopfer und im Uranbergbau Umgekommene stellen eine unübersehbare Gruppe.

Der Bau der WAA in Wackersdorf scheiterte letztendlich, kostete jedoch zwei DemonstrantInnen das Leben. Erna Sielka starb am 2.3.1986 nach einem Knüppeleinsatz der Polizei an einem Herzinfarkt. Am 31.3.1986 kostete ein Angriff mit CS-Gas Alois Sonnleitner das Leben.

Französische Perspektiven

In Frankreich finden laufend Atomtransporte von und nach La Hague ohne spezielle Sicherungen statt, die dort keinen Menschen kümmern. Zum einen ist die ökonomisch ausgeblutete und verödete Region Normandie ein idealer Standort für die Atommafia. La Hague liegt im ärmsten Teil der Normandie, der seit Jahrzehnten durch Landflucht gekennzeichnet ist. Auch gibt es in der Normandie keinen

Regionalismus, der gegen einige der wichtigsten Symbole des französischen Zentralstaats, die Stromgesellschaft EdF und das Militär, Widerstand leisten könnten. In Frankreich sind nur Korsika und die Bretagne, in denen es bewaffnete Autonomiegruppen gibt bzw. gab, ohne AKWs oder Atomlager. Über das gesamte Land, mit Ausnahme Korsikas, sind systematisch Betriebe, die an die Atomindustrie angebunden sind, sowie AKWs verteilt. Entlang der Flüsse, insbesondere am Rhein und entlang der Loire stehen die AKWs, bis vor kurzem wurde Uran im Limousin abgebaut, die Brennstäbe kommen aus Burgund. Der Atom-U-Boot-Hafen hält Brest in der Bretagne wirtschaftlich über Wasser, Fabriken des Elektrokonzerns Alsthom liefern von Atomraketenbestandteilen über AKW-Bauteile bis zum Hochgeschwindigkeitszug TGV alles, was den französischen Staat ausmacht. Sperrt eine solche Fabrik zu, dann ist die Wirtschaft des betroffenen Departments dahin und der Ort Pleite.
Die ökonomische Abhängigkeit und die brutalen Machtverhältnisse, unmittelbar über Leichen zu gehen, machen diese Mischung aus, die in Kombination mit der in vielen Regionen chronischen Armut der Bevölkerung, die im Hinterland der Städte oft sizilianische oder osteuropäische Dimensionen annimmt, die den geringen Widerstand gegen die Atompolitik in Frankreich erklärt. In wirtschaftlich und politisch dynamischeren Regionen, wie in Rhones-Alpes oder der Bretagne, ist auch in Frankreich das Umweltbewußtsein stärker verankert und im Wachsen, parallel zu den Fremdsprachenkenntnissen und Austauschprogrammen mit anderen EU-Ländern. Die Atomindustrie liebt jedoch das vernachlässigte Hinterland, denn dort ist ihr Machtanspruch unangefochten.

Blockadehelfer in Uniform

Die Befehlsstrukturen der Polizei führen manchmal zu bemerkenswerten Situationen. In der Regel sind sie über die Hintergründe ihrer Aufträge so schlecht informiert, dass ihre Entscheidungen zu überraschenden Ergebnissen für den Widerstand führen können. Oft genug blockieren sie ihre Arbeit selber - Hier ein Beispiel von dem diesjährigen Castortransport.
Fridolin Frei, Indymedia Deutschland (Atom)

Mit drei Fahrzeugen wollten wir vom Camp Hitzacker zu einer angemeldeten und genehmigten Veranstaltung nach Laase fahren. Nachdem man uns schon in Dünsche die Durchfahrt nach Laase verweigert hatte geschah das gleiche erneut in Gedelitz. Die dortigen Polizisten mißtrautem unseren Wunsch, hierzu schlecht befestigte Nebenstrecken zu nehmen und verwiesen uns auf die Straße zwischen Gorleben und Laase. Als Begründung für die Durchfahrtverweigerung hörten wir: "Finden sie sich damit ab, das ist eben so."
Den Beamten scheint bei ihrer Streckenempfehlung überhaupt nicht bewußt gewesen zu sein, dass sie uns am Zwischenlager vorbei auf die Transportstrecke schickten. In Gorleben angekommen, gelang es einen Recklinghausener Polizisten zu bequatschen. Wir hatten Getränke für die Veranstaltung in Laase dabei sowie einen Musik-LKW. Der Chef der Kreuzung ließ sich überreden, uns eine Eskorte für den Weg über die Transportstrecke zu stellen. Sicher war er froh, uns an dieser Stelle erstmal los zu sein.

Was er kaum gewußt haben wird:
1) Auf dieser Strecke hatte sich inzwischen eine Sitzblockade gebildet.
2) Unmittelbar nachdem wir unserer Eskorte folgend von Gorlen nach Laase aufgebrochen waren kamen hinter uns 16 Wannen, 1 Hebebühnenkran, 3 Räumpanzer und 4 Wasserwerfer. Offensichtlich das Räumkommando für die Straßenblockade vor uns.
3) Unsere Fahrzeuge hatten akute Rückfälle von Schneckenplagen und konnten so die vor uns liegenden Kilometer nur in Schrittgeschwindigkeit zurücklegen.
Erst ca. 30 m vor der Blockade fiel unserer Eskorte auf, dass es wohl doch keine so gute Idee sein könnte, uns bis an die Blockade heranzulassen. Sie stellten sich auf einmal quer und blockierten somit uns, aber eben auch die anrückenden Einsatzkräfte total. Über Lautsprecher konnten wir alle mit Musik versorgen.
Es dauerte ca. 1,5 Stunden bis die Einsatzleitung offenbar begriff, wie die Situation aussieht. Es gab neue Befehle und uns wurde von anderen Einsatzkräften in voller Kampfausrüstung unter Gewaltandrohung aufgetragen den Ort sofort zu verlassen. Unsere Frage, in welche Richtung dies geschehen soll löste bei den Beamten erneut Streß aus. In die eine Richtung war immer noch die Sitzblockade, deren Räumung durch uns behindert wurde. In die andere Richtung lag das Zwischenlager. In Luft auflösen wäre selbst beim besten Willen nicht möglich gewesen. In diesem Moment hatten wir echt Sorge, von denen aufs Maul zu bekommen.
Man löste die Situation, indem man uns wenden ließ und mit einer Eskorte von jetzt vier voll besetzten Wannen am Endlager vorbei eskortierte. Auf dunkler Strecke wurde dann noch einmal angehalten. Um unsere Fahrzeuge herum bauten sich erneut die Orks auf. Wieder dachten wir, jetzt ist die Zeit für unsere Tracht Prügel gekommen. Der Oberork verabschiedete uns dann mit den Worten: "Wenn wir sie noch mal irgendwo finden, beschlagnahmen wir ihre Autos und sie kommen in den Bunker!"

Zerstreut Österreich!
Radioballett am 26. Oktober.

Zum diesjährigen Nationalfeiertag wurde eine Form kreativen Protests aufgegriffen, der erst wenige Wochen zuvor von der Hamburger Gruppe Ligna in Wien vorgestellt wurde: das Radioballett (siehe TATblatt +214). So kam es,...

...dass tausende BesucherInnen der Kriegsschau am Wiener Heldenplatz nicht nur mit Waffen und Heerespropaganda oder vereinzelten Parolen sondern auch mit Handlungen konfrontiert wurden, die alle zum Nachdenken zwangen, die nicht den Rest ihres Lebens mit der von sich unerklärbar bewegenden Menschen gestifteten Verwirrung herumschlagen wollten. Denn auf eine "Auflösung" des "Rätsels" in den traditionellen Massenmedien musste erfolglos gewartet werden. Diese verhielten sich verlässlich so, wie es von ihnen erwartet werden konnte. Sie verschwiegen das Ereignis einfach. Ein Stück nationaler Einheit wurde so erfolgreich zerstreut. Ganz so wie es geplant war.

Nationalfeiertage wollen Einheit schaffen, das Radioballett schaffte Zerstreuung: am 26. Oktober von 14 bis 16 Uhr auf Orange 94.0. Oder vielmehr von 14.30 bis 15.30 Uhr direkt am Heldenplatz. Wer teilnehmen wollte, benötigte keine tänzerischen Vorkenntnisse; es brauchte allein ein aufmerksames Ohr und ein tragbares Radio mit Kopfhörern. Auf Orange 94.0 wurde ein Programm ausgestrahlt, in dem Vorschläge für Übungen in abweichendem Verhalten gemacht wurden. Ziel war dabei nicht der individuelle künstlerische Ausdruck, sondern serielle und wiederholte Bewegungen in der Grauzone zwischen erlaubten, zwielichtigen und verpönten Gesten. Mehr als 100 Radios wurden verliehen. Viele hatten auch eigene Geräte mitgebracht. Entsprechend groß muss die Beteiligung an der Aktion gewesen sein.

Zerstreuung nationaler Identität.

Jedes Jahr am 26. Oktober soll österreichische nationale Identität geschaffen und bekräftigt werden. Die Konstruktion einer nationalen Identität dient dazu, Unterschiede zwischen den Menschen, gegensätzliche Interessen und reale Konflikte mit dem Kitt des nationalen WIR zuzudecken. Wenn Nationen sich feiern, sind Waffen und Uniformen immer dabei. Zehntausende PatriotInnen versammelten sich auch heuer unter anderem auf dem Heldenplatz, um sich bei Bier und Panzern so richtig österreichisch zu fühlen - Donauwalzer, Lodenjanker, Eurofighter und das Bewusstsein "jemand zu sein", das aus dem Ausschluss des und der "Anderen" entsteht.

Radioballett

Ein Radioballett ist keine Versammlung, sondern eine Zerstreuung. Es tanzt nicht als Massenornament. Es ist nicht gereiht, es bildet keine Figur, sondern existiert in der simultanen, aber zerstreuten Geste. Jede und Jeder handelt als Individuum, der Assoziationseffekt entsteht durch die Gleichzeitigkeit. Das Radioballett behindert die PassantInnen nicht, es irritiert. Die Radiowellen infiltrieren den Raum, die Gesten machen diese Infiltration sichtbar. Die nationale Einheitlichkeit, die Logik des Volksfestes, die Grenze zwischen geordneten und ungeordneten, erlaubten und verpönten Gesten wird in Frage gestellt. Dadurch wird die Situationverändert, die Ordnung des nationalen Festes gestört.

Ein Stück nationaler Einheit wurde so erfolgreich zerstreut. Ganz so wie es geplant war.

Statt in Reih und Glied zu marschieren, tanzen Individuen. Die Zerstreuung ist unkontrollierbar.

>>>Berichte und Links (Fotos, Kanal-B-Video, ...) bei at.indymedia.org

Antifa in Kürze

Heldengedenken

Zu Allerheiligen marschierte am Wiener Zentralfriedhof eine unselige Allianz aus BFJ (Bund Freier Jugend), RFJ (Ring Freiheitlicher Jugend), RFS (Ringe Freiheitlicher Studenten) und WRK (Wiener Kooperationsring) mit Fahnen und Transparenten auf um ihres "Helden", den Nazi-Fieger Walter Nowotny zu gedenken.
Am 7. November wurden dann nochmals Kränze auf das Grab des Nazis gelegt, dieses Mal hat der Verein zur Pflege des Grabes von Walter Nowotny, in dem Johann Herzog, ein Wiener FPÖ-Stadtrat, Obmannstellvertreter ist, sowie Robert Fallers neonazistische Nationaldemokraten aufgerufen.
Am 7. November fanden sich auch etwa 20 GegendemonstrantInnen ein, die jedoch von einer aggressiven Polizei am Betreten des Friedhofs gehindert wurde.

AFP in Kärnten

Von 15. bis 17. Oktober fand in Feldkirch, Kärnten, die 39. "Politische Akademie" der AFP (Arbeitsgemeinschaft für Politik) statt. Wie bei diesen Treffen üblich verbreiteten etliche Alt- und Neonazis, GeschichtsrevisionistInnen ihre Hetze.
Etwa 200 AntifaschistInnen fanden sich zu einer einer Gegendemonstration ein, die auch den Abschluss der heimat.los Tage bildete. (Siehe TATblatt +214)

Anti BFJ Demo in Linz

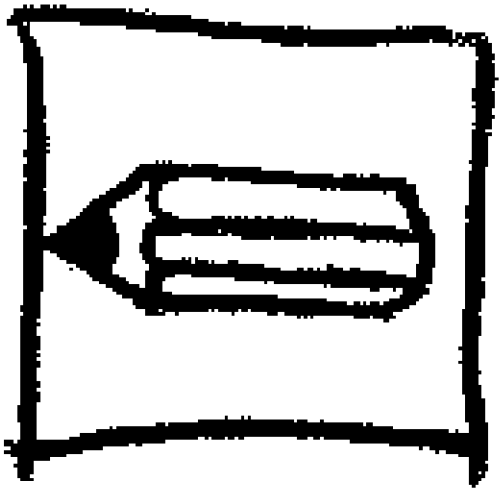
Nachdem der BFJ (Bund freier Jugend) in Linz und Umgebung immer aggressiver auftritt und es auch wieder vermehrt zu Übergriffen Rechtsextremer auf MigrantInnen und andere Menschen, die nicht in deren Weltbild passen fand am 9. Oktober in Linz eine Demonstration gegen den BFJ und rechtsextreme Gewalt statt.
An der Demonstration nahmen trotz Regen etwa 400 AntifaschistInnen teil, am Rande unternahmen immer wieder Rechtsextreme aus dem BFJ Umfeld Störversuche mit Transparenten und Flugblättern.

Vorarlberg

In Vorarlberg gab es wieder Nazi Aktivitäten mit internationaler (v.a. deutscher und schweizerischer) Beteiligung. Am 9. Oktober kam es zu einen Konzert neonazistischer Bands, das von knapp 500 Rechtsextremen besucht wurde. Am Rande des Konzerts verunglückte eine 23jährige Frau aus den Münchner Neonazi-Spektrum. Wegen dieses Vorfalls wurde für den 23. Oktober von Blood&Honour Vorarlberg ein Trauermarsch geplant, der jedoch behördlich untersagt wurde.
Am 9. November versuchten Neonazis die in Form einer Demonstration statt findende Gedenkveranstaltung des Novemberprogroms anzugreifen. Anders als letztes Jahr schirmte die Polizei die AntifaschistInnen ab und nahm etwa 40 der Neonazis vorübergehend fest.

Friedhofschändung 1992

Mitte Oktober fand am Wiener Oberlandesgericht die Berufungsverhandlung wegen der Schändung des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt 1992 statt. In dieser wurde Wilhelm Christian Anderle ein Jahr Haft erlassen, er muss nun noch drei Jahre absitzen. Anderle hat mit einen ebenfalls zu vier Jahren verurteilten Freund 88 Grabsteine mit Hakenkreuzen und Parolen beschmiert um ihren "Vorbild Jörg Haider einen arischen Gruß" zukommen zu lassen.



9. November:

Gedenkveranstaltungen Novemberpogrom

Bericht von C. für die TATblatt WiderstandsChronologie

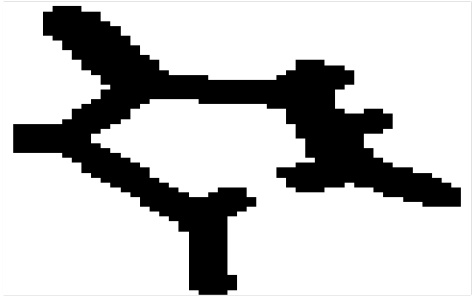
Neben zahlreichen Veranstaltungen zum Gedenken an die Pogromnacht vom 9.11.1938 fand heute auch ein Rundgang durch den zweiten Wiener Gemeindebezirk statt. Etwa 150 Menschen nahmen daran teil. Der Weg verband Orte in der Leopoldstadt,die in verschiedenster Weise daran erinnern, dass es hier einmal eine lebendige jüdische Gemeinde gab, die dann auf brutalste Weise von den NationalsozialistInnen zerstört wurde. An den einzelnen Stationen des Rundgangs lasen Mitglieder des Ersten Wiener Lesetheaters Texte von Stella Rotenberg vor. Um der Veranstaltung auch einen würdigen Rahmen zu verleihen, wurde von den TeilnehmerInnen auf Megafone, Transparente, usw. verzichtet.

Niemals vergessen!

Zur Harmonisierung von Rassismen in Europa

Das Haager Festungsprogramm

Am 5. November ("remember, remember...") 2004 beschloss der Rat der Europäischen Union, der sich aus den 25 Staats- und RegierungschefInnen der Mitgliedsstaaten zusammensetzt, bei einem Gipfeltreffen in Brüssel das "Haager Programm" zur gemeinsamen Justiz- und Innenpolitik. Dadurch wurde der Masterplan für weitere Verschärfungen der Asyl- und Migrationspolitik auf EU-Ebene festgelegt.



no-racism.net

Ein kurzer Blick in Berichte diverser kommerzieller Medien fasst zusammen, was eine wesentlich größere Dimension hat: gemeinsame Grenzüberwachung und einer dazu gehörenden Grenzschutzagentur, einheitliches Asylverfahren und gemeinsames EU-Asylamt, Mehrheitsentscheidungen statt Konsensprinzip, die Prüfung von Asylverfahren außerhalb der EU in Zusammenarbeit mit dem UNHCR, Dokumente mit biometrischen Daten, besserer Informationsaustausch der nationalen Polizeibehörden und Nachrichtendienste sind nur einige wenige Schlagworte. Der vor fünf Jahren in Tampere, Finnland, beschlossene "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" nimmt langsam aber sicher konkrete Formen an. Nach einer ersten fünfjährigen Periode zieht der Europäische Rat positive Bilanz: Die Grundlagen einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik seien geschaffen worden, die Harmonisierung der Grenzüberwachung vorbereitet, die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und die Grundlagen gerichtlicher Zusammenarbeit verbessert.

Die im Tampere-Abkommen festgeschriebenen Prinzipien zu legaler Migration, wie faire Behandlung von temporären EinwanderInnen im Verhältnis zu UnionsbürgerInnen und annähernd gleiche Behandlung von längerfristig niedergelassenen Personen wie von StaatsbürgerInnen kommen im "Haager Programm" nicht mehr vor.

Wirft mensch einen kritischen Blick auf das "Haager Programm", nehmen die Abschottungspläne dahinter schnell Kontur an. Es geht vor allem darum, Migration zu kontrollieren, zu managen, zu verhindern. Migration soll sich in Zukunft an den Interessen der EU und ihrer BürgerInnen, aber vor allem an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren und zu deren besseren Entwicklung beitragen. Dazu bedarf es einerseits Instrumentarien zur Regelung legaler (und vorübergehender) Einwanderung von benötigten ErwerbsarbeiterInnen und der Bekämpfung illegalisierter Erwerbsarbeit. Andererseits gilt es, Flüchtlinge und illegalisierte MigrantInnen möglichst weit weg, auf dem Weg in die Festung Europa aufzuhalten, zu internieren und "rückzuführen".

Informelle Ökonomien und illegalisierte Erwerbsarbeit können nach Ansicht des Haager Programms als sog. pull-Faktoren migrationfördernd wirken und zu Ausbeutung führen. Deshalb fordert der Europäische Rat die Mitgliedsstaaten auf, informelle Ökonomien zu reduzieren.

Der Europäische Rat ist weiters der Meinung, dass nicht ausreichend geregelte Migrationbewegungen zu humanitären Katastrophen führen können. Als Beispiel werden die sich im Mittelmeerraum abspielenden "menschlichen Tragödien" genannt. Sie werden als Resultat der Bemühungen, heimlich in die EU einzureisen, dargestellt. Die militärische Aufrüstung der Grenzen, die immer mehr Menschen dazu zwingt, gefährlichste Wege zu gehen, wird in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Handelt es sich dabei doch genau um jene Maßnahmen, mit denen die EU-Bürokratie Migration entgegenwirken will. So werden alle Staaten aufgerufen, die Kooperation zur Verhinderung des weiteren Verlustes von Leben zu intensivieren, sprich Migration noch stärker zu kontrollieren und einzuschränken.

Wirft mensch einen kritischen Blick auf das "Haager Programm", nehmen die Abschottungspläne dahinter schnell Kontur an. Es geht vor allem darum, Migration zu kotrollieren, zu managen, zu verhindern.

Herkunfts- und Transitländer sollen darin bestärkt und in ihren Bemühungen unterstützt werden, die Sicherheit von Flüchtlingen zu verbessern. Die sog. Drittstaaten werden aufgefordert, der Genfer Flüchtlingskonvention beizutreten bzw. deren Bestimmungen einzuhalten.

Gleichzeitig wird innerhalb der EU nach Wegen gesucht, die Genfer Flüchtlingskonvention mehr und mehr außer Kraft zu setzen oder zu umgehen.

Die weitere Entwicklung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik soll auf allgemeinen Analysen von Migration unter Berücksichtigung aller Aspekte aufbauen. Wichtig dafür sind verstärkte Sammlung, Bereitstellung und Austausch sowie effizientere Nutzung von up-to-date Informationen und das Wissen über alle relevanten Migrationentwicklungen.

Einen zentralen Punkt sowohl im Haager Programm als auch insgesamt im Harmonisierungsprozess der EU nimmt die sog. Rückführungs-Politik ein. "MigrantInnen, die nicht oder nicht mehr über das Recht verfügen, legal in der EU zu bleiben, müssen auf freiwilliger, oder wenn notwendig auf unfreiwilliger Basis zurückkehren. Der Europäische Rat verlangt die Einführung einer effektiven Abschiebe- und Rückführungspolitik, basierend auf gemeinsamen Standards für Personen, die in humaner Weise entfernt (returned) werden, unter vollem Respekt ihrer Menschenrechte und Würde." Ein Widerspruch in sich, der nicht allein aus dieser Formulierung erkenntlich wird, sonder vor allem aus der gängigen Praxis: Zwangsdeportationen unter Anwendung von Gewalt, Beruhigungsmitteln, Schlägen, Beleidigungen und der Inkaufnahme von Toten, Massendeportationen mit Charter- und Militärflugzeugen, mehr und mehr Internierungslager, zunehmend auch außerhalb der Schengengrenzen, Entrechtung, Kriminalisierung, rassistische Zuschreibungen, Differenzierungen usw. Welch Zynismus, angesichts dessen von der Einhaltung von Menschenrechten oder gar Würde zu reden?

Diese Ausführungen geben nur einen kleinen Einblick in den harmonisierten Ausbau der Festung Europa. Als zeitlicher Rahmen für die Umsetzung wurde ein Zeitrahmen bis 2010 bzw. 2011 vorgegeben. Um dies auch zu erreichen, wird es alle sechs Monate Treffen zum Austausch praktischer Erfahrungen und zur weiteren Koordination zwischen MigrationsstrategInnen, PolitikerInnen und Polizei geben. Zusätzlich jährliche Berichte über die Durchführung und Fortschritt des "Haager Programms" zur Information des Europäischen und nationaler Parlamente.

Weitere Informationen im Internet:
www.statewatch.org (en)
www.no-racism.net
www.noborder.org (en)
www.migreurop.org (fr)

Staatliche Rassismen - diesmal: "Asylmissbrauch"

Seit Jahren wird in der Europäischen Union eine Politik der gemeinschaftlichen Ausgrenzung propagiert und betrieben. Nicht umsonst bekam diese dafür die Bezeichnung Festung EUropa. Neben rassistischen Gesetzen und Maßnahmen sind es vor allem Stereotype und Feindbilder, die dieser Politik mehr Akzeptanz verschaffen sollen. Nachdem die Asylgesetznovelle 2003 in Österreich vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) in Teilen aufgehoben wurde, wird via Medien erneut Stimmung für weitere Verschärfungen gemacht. Die "Klarstellung" von Innenminister Strassers (ÖVP) gegen "Asylmissbrauch" ist ein Teil davon.

TATblatt

So will Strasser die "Reparatur" des Asylgesetzes dazu nutzen, um "Asylmissbrauch besser zu verhindern". Damit liefert er nicht nur weitere rassistische Argumente in der anhaltenden Diskussion um Flüchtlinge, Migration und Bundesbetreuung, sondern liefert der FPÖ gekonnt Anknüpfungspunkte für rassistische Hetze. So schreibt der Standard vom 23./24. Okt 2004: Ex-Justizminister Dieter Böhmdorfer will den sogenannten "Asylmissbrauch" nicht nur verhindern, sondern auch unter Strafe stellen. (...) Es könne nicht sein, dass einem von der Abschiebung bedrohten Ausländer "in sicherer Kenntnis der mangelnden Berechtigung eines solchen Antrages" geraten werde, einen Asylantrag zu stellen. Böhmdorfer nimmt hier Bezug auf eine Aussage Strassers, der Flüchtlingsorganisationen kritisierte, die Leute bei der Stellung eines Asylantrages unterstützen. Strasser selbst bezeichnet die neuerlich geplanten Verschärfungen im Asylgesetz im Standard lediglich als "Klarstellung". Weil der Verfassungsgerichtshof das Asylgesetz auch formal kritisiert habe, werde der gesamte Gesetzestext neu kodifiziert.

Lesbarkeit und Verständlichkeit des Gesetzestextes würden so verbessert, ist im Standard zu lesen.

Was dies heißt, kann mensch sehr leicht nachvollziehen: Der Zugang zu Asyl soll so weit wie möglich eingeschränkt, "Rückführungen" schneller und effizienter durchgeführt werden. Dies ist schon daraus ersichtlich, dass mit der Asylgesetznovelle 2003 eine Prüfung des Zuganges zum Asylverfahren eingeführt wurde. Dass diese Politik eine jahrelange Geschichte in der Institutionalisierung der Abschottungspolitik der EU hat, kann nicht oft genug wiederholt werden.

Als Lektüre seien "Ausgewählte Quältexte" in der TATblatt Schwerpunktnummer Flucht.Hilfe (Oktober 1999) empfohlen: Wie Behörden Migration sehen.... Denn schon vor Jahren wurde - unter Regie der SPÖ und ihr nahestehenden Beamten - die Eckpfeiler institutionalisierter Rassismen definiert, die nun von einer rechtsextremen Regierung in Österreich umgesetzt werden.

Und was die ÖVP betrifft: Schon damals, als sie noch gemeinsam mit der SPÖ in der Regierung saß, hatte sie ähnliche Grundsätze wie heute. Ein Zitat aus 1999: "Die wesentlichen Änderungen im Asylrecht hatten zum einen das Ziel, das 1991 in Kraft getretene Gesetz den Veränderungen und neuen Verpflichtungen Österreichs in Europa anzupassen. Zum anderen gilt es, den Zugang zur Arbeitsmigration durch Asylmißbrauch zu beseitigen."

Und 2004 ist auf der Homepage der ÖVP zu lesen, mensch müsse "auf europäischer Ebene und in der internationalen Staatengemeinschaft gemeinsame Antworten für die Lösung des Problems der Schlepperein und der illegalen Migration finden." Weiters müsse dem "Asylshopping" entgegengewirkt werden. Klare Worte, deren Umsetzung u.a. mittels Aslygesetz geregelt werden soll.

Einer der Hardliner innerhalb der ÖVP ist dabei der Sicherheitssprecher der Europäischen Volkspartei (EVP) und ÖVPler in Europäischen Parlament, Dr. Hubert Pirker. Er formulierte u.a. die EU-Schwerpunkte, die beim "Europa Talk" der ÖVP im Februar 2004 auf dem Programm standen - zur "Sicherheit der Bürger". Unter dem Punkt "Europäische Mindeststandards in der Asylpolitik mit dem Ziel rascher Verfahren und Entscheidungen" ist zu lesen: "Verhinderung von Missbrauch - Nutzung des EURODAC-Fingerprint-Systems".

Was als Reaktion auf die Ablehnung der Asylgesetznovelle 2003 durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) präsentiert wird, ist schon lange geplant. In erster Linie geht es um "effizientere" Deportationen. Dazu bedarf es jedoch nicht nur der entsprechenden Institutionen, die diese durchführen, sondern auch einer Zustimmung in Gesellschaft und Politik. Wie diese für Strasser zu erreichen scheint, verdeutlichen Argumente, wie jenes, dass "straffällige" AsylwerberInnen schneller abzuschieben seien.

Quelle: at.indymedia.org, gekürzt

Der Zugang zu Asyl soll so weit wie möglich eingeschränkt, "Rückführungen" schneller und effizienter durchgeführt werden. Dass diese Politik eine jahrelange Geschichte in der Institutionalisierung der Abschottungspolitik der EU hat, kann nicht oft genug wiederholt werden.

Musik für Ute Bock & Co.

EKH - Wielandgasse 2-4 - 1100 Wien

Freitag, 3.12. - 22 Uhr

One Bomb One Target

noise und core unternehmen frei nach dem motto "noise is anarchy, produce noise&consume noise 24h a day and don`t submit to structure".

Fredl & Pipo

Die zwei verwirrten Cousins aus dem Schwabenland, klauen Hip-Hop, Drum`n`Bass, Break-Beats und Samples, und zerstören das Ganze noch mal mit schweren Gitarren und Geschrei. Broken beats, broken voice, broken hearts!

Fuckhead

Unerschrocken und grenzwertig. Watch out. Go for it! Exzessive Abendunterhaltung.

Hirsche nach Befreiung überfahren

Aus einem privaten Wildgehege in Scharnitz in Tirol wurden im Oktober 18 Damhirsche von Unbekannten freigelassen. Diese zerschnitten den Zaun und trieben die Damhirsche aus dem Gehege. Im Inneren des Geheges hinterließen sie den Schriftzug "Free the animal". Drei der freigelassenen Tiere wurden unmittelbar danach auf der Seefelder Bundesstraße überfahren.
Über die Tierhaltung in dem Gehege gab es sogar Beschwerden von Seiten der JägerInnen. Das Gehege hat nämlich keinen Wald und keine besondere Behausung für die Tiere.

AKW-Pläne für Schweiz

Die konservativen Parteien FDP und SVP sprechen sich für neues Atomkraftwerk, Beznau III, aus. Wie immer droht ein angeblicher Versorgungsengpass. Die Schweiz braucht demnach bis 2025 ein neues Atomkraftwerk, die Planung müsse jetzt beginnen. Neben der Tessiner Stromgesellschaft sind auch die Bernischen Kraftwerke BKW für ein AKW, während der Kanton Bern dagegen ist.
Michel Kohn, der als ehemaliger Atel-Chef das AKW Gösgen gebaut hat, rechnet vor: Die ältesten Atomkraftwerke der Schweiz, Mühleberg und die beiden Blöcke von Beznau, wurden um 1970 in Betrieb genommen. Bei der 50-jährigen Betriebsdauer müssen sie um das Jahr 2020 vom Netz. Wenn man die dann entstehende Versorgungslücke von gegen 1100 Megawatt kompensieren wolle, müsse man in den nächsten zwei, drei Jahren entscheiden, da für Bau, Planung und Bewilligung inklusive Referendum 15 Jahre einzurechnen seien. Es sei deshalb kein Wunder, dass "jetzt die Versuchsballone steigen. In den Planungsstäben der Stromwirtschaft wird bereits gearbeitet", sagt Kohn.
Im übrigen kursieren geheime Strategiepapiere in der Atomwirtschaft, die aber so geheim sind, daß selbst die Pressesprecher der Stromkonzerne diese nicht kennen.

Erster Creutzfeldt-Jakob-Fall in Irland

In Dublin wurde ein 20-jähriger Mann mit Creutzfeldt-Jakob-Syndrom ins Spital eingeliefert. Es ist mit Sicherheit der erste einheimische Fall in Irland, denn der Mann hat nicht in Großbritannien gelebt und kann sich daher auch nicht dort infiziert haben.

Atomstromautobahn 380-kV-Leitung

In den letzten Monaten war es relativ ruhig um die vom Verbund geplante 380-kV-Leitung durch die Südoststeiermark. Nachdem die Landesregierungen des Burgenlands und der Steiermark die eingereichte Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) prüften, trafen etwa 1.500 Einwendungen und Gutachten von betroffenen burgenländischen und steirischen BürgerInnen, sowie von 18 BürgerInneninitiativen und den Gemeinden ein.
In den in allen Gemeinden aufliegenden Umweltverträglichkeitsgutachten wurden zahlreiche Einwendungen ignoriert oder nicht ausreichend behandelt. Das Verfahren ist an einem Punkt angelangt, wo das Projekt scheitern könnte. Ein Fachbereich, nämlich "Landschaftsbild" wurde im Umweltverträglichkeitsgutachten der Landesregierungen eindeutig als nicht umweltverträglich beurteilt. Steirische LandespolitikerInnen aller Regierungsparteien wollen den Verbund bereits von einer Verkabelungsvariante überzeugen.
Unterdessen malt in schöner Regelmäßigkeit Günter Brauner, Professor an der TU Wien, in den Medien das Schreckensszenario eines Leitungszusammenbruchs an die Wand. Wie der Zufall so will, sitzt Brauner auch im Aufsichtsrat des Verbundes. In den Medien mimt er jedoch den unabhängigen TU-Gutachteronkel, der nicht an Aufsichtsratsgebühren, sondern lediglich an "die Versorgungssicherheit" denkt.

Peru: Sieg gegen Bergbauprojekt

Nach zweiwöchigen Blockaden hat die Regierung Perus eingelenkt und dem Bergbaukonzern Newmont Mining Company die Lizenz zur geplanten Ausbeutung der Yanacocha Mine entzogen. Yanacocha ist die größte Goldmine Lateinamerikas und die zweitgrößte der Welt. Mehr Informationen und Möglichkeiten zur Beteiligung an der Kampagne gegen die IFC der Weltbank, die das Projekt mitfinanziert, gibt es unter: http://actionnetwork.org/campaign/cerroquilish

Rauchen oder Spazieren

In Zeiten hysterischer Anti-Rauch-Kampagnen wurde eine Untersuchung des Sesto San Giovanni Spitals in Milano aus Italien in der Zeitung La Repubblica veröffentlicht, die Spaziergehen in italienischen Städten mit Rauchen vergleicht. Indikator ist die Menge der aufgenommenen Schadstoffe. Spitzenreiter sind Milano, Trieste und Palermo mit einem Äquivalent von einem Tag spazieren ist gleich 15 Zigaretten. Napoli folgt mit einer Dosis von 11 Zigaretten, Firenze, Genova, Torino and Verona sind mit 7 bis 8 fast schon Luftkurorte. Roma rangiert mit 5 bis 6 Tschikäquivalenten unter den "gesunden" Städten.

Genkatze

Nach dem leuchtenden Fisch, der Gene von Seeanemonen implantiert hat, möchte eine US-Firma aus Los Angeles nun gentechnisch veränderte Katzen auf den Markt werten. Damit sollen Katzen gezüchtet werden, die nicht mehr die Reizstoffe produzieren, die über Haut und Speichel abgesondert werden und auf die viele Menschen allergisch sind. Die Firma wittert

mit den Gentech-Antiallergie-Katzen ein Bombengeschäft. Weltweit sollen 200.000 davon verkauft werden, in den USA soll eine solche Katze 3.500 US$, in Japan 10.000 US$ kosten.
Die US-Behörden ziehen sich wie bei den Leuchtfischen auf den Standpunkt zurück, daß sie das nichts angeht, weil die Tiere nicht gegessen werden.

***TATblatt-Originaltextservice**

In den letzten Monaten wurden in Tirol vier Hochsitze umgesägt, ca. 20 Hirsche aus einem Gefängnis befreit und die Reifen von zwei Pferdetransportern und einem Fleischtransporter aufgestochen.
Solche Aktionen wird es geben bis die absolute Herrschaftsfreiheit besteht.
Für die Befreiung von Mensch und Tier.

TATblatt-Originaltextservice*

SPÖ: Garage mit allen Mitteln

Die SPÖ Margareten in Wien setzt auch weiterhin auf "unkonventionelle" Mittel zur Durchsetzung der Garagen im Klieberpark und am Bacherplatz. Nachdem die BI Bacherpark am Tag der offenen Tür im 5. Bezirk eine Protestaktion veranstaltet hatte, gab es im Oktober eine weitere Kundgebung vor dem Amtshaus. Anlaß war diesmal laut BI, daß unmittelbar vor der Bauverhandlung durch Umwidmung des Grundstückes den Grundstücks- und EigentumswohnungsbesitzerInnen unter den AnrainerInnen die Parteienstellung im Verfahren entzogen wurde.
Zu den ziemlich schmutzigen Methoden der SPÖ siehe auch TATblatt +211.

Aktionen gegen Accor-Hotels

Faty Mayant, Delegierte der französischen Gewerkschaft SUD im Reinigungsunternehmen Arcade, büßt immer noch für den erfolgreichen Streik der 30 überwiegend afrikanischen Reinigungskräfte gegen die Hotelkette Accor von März 2002 bis Februar 2003. Der Streik richtete sich gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingung-en (siehe TATblatt +213)

TATblatt

Am 11. März 2004 wurde sie wegen Überschreitens der gewerkschaftlichen Freistellungszeiten entlassen, obwohl es bei Arcade zur Frage der gewerkschaftlichen Vertretungszeiten keine festen Regeln gibt. Mayant war die einzige Delegierte, die dafür bestraft wurde. Die staatliche Arbeitsaufsicht akzeptierte die Entlassung vom 11. Mai. Mayant legte Widerspruch gegen diese Entscheidung ein.
Am 27. August fand das erste öffentliche Auftreten des Komitees vor dem Firmensitz von Arcade in Paris statt, danach ging es zu zwei Hotels: Zum IBIS-Hotel in der Rue Louis Blanc, wo sich ein junger Rezeptionist weigerte, seine Chefs zu rufen, dafür aber die Polizei holte. Diese stellten die Anwesenheit von Personen fest und verschwand wieder.
Im zweiten Hotel von IBIS war der Empfang höflicher, doch auch dort weigerten sich die Angestellten, die Ruheräume für die Beschäftigten der Fremdfirmen zu zeigen. In beiden Hotels wurden an Gäste Protestkarten zur Weiterleitung an Accor verteilt.
In Deutschland gab es in den letzten Monaten kleinere Unterstützungsaktionen, etwa in mehreren Accor-Hotels in Leipzig.

Das TATblatt forderte ca. 70-80 ACCOR-Hotels (Novotel, IBIS, Sofitel, Mercure) in Österreich, den Niederlanden und Belgien auf, eine Stellungnahme zur Beschäftigung von Reinigungspersonal, und insbesondere ob und warum die Reinigung an Subfirmen ausgelagert wurde, abzugeben. Hier ist die Antwort von ACCOR:

TATblatt-OriginaltextserviceTATblatt-Originaltextservice**

From: Angela Pengl-Böhm <apb@pr-com.at>
Subject: Ihre Anfrage betreffend ACCOR Hotels Österreich
Date: 2004-11-09 09:19:06 To: <tatblatt@blackbox.net>

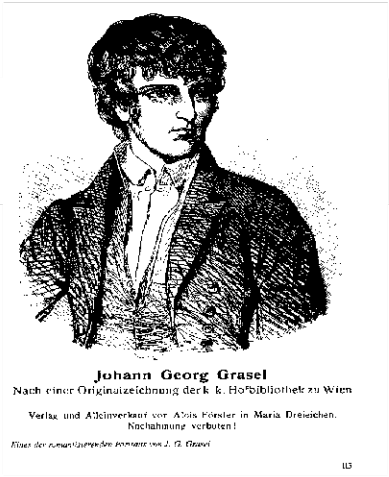
Bezugnehmend auf Ihr Fax an die ACCOR Gruppe, erlaube ich mir, Ihre Anfrage wie folgt zu beantworten:

Accor ist in Österreich mit 27 Hotels vertreten. Davon haben einige Hotels verschiedene Fremdfirmen mit der Reinigung beauftragt. Wir sind mit den Leistungen dieser renommierten Anbieter von Gebäudedienstleistungen hoch zufrieden und es hat weder mit den Mitarbeitern, noch mit den Behörden Konflikte gegeben.
Accor hat bereits am 3. Dezember 2002, gemeinsam mit den Sozialpartnern, in Frankreich ein Protokoll unterzeichnet, das die Zusammenarbeit zwischen Accor und den Fremdreinigungsfirmen regelt.

Hochachtungsvoll
Angela Pengl-Böhm
pr.com
Kommunikation. für ACCOR Hotellerie Österreich Haydngasse 6 1060 Wien
Tel: 01-595 44 33 ext.22
Fax: 01- 595 56 22
apb@pr-com.at
Weitere Basisinformationen zu Accor Hotellerie Österreich finden Sie als Word-Dokument zum Downloaden auf unserer Homepage www.pr-com.at im press corner unter Archiv/Accor.

TATblatt-Originaltextservice*TATblatt-Originaltextservice***

In God We Trust
Predigen bei Starbucks


Johann Georg Grasel
Nach einer Originalzeichnung der k. k. Hofbibliothek zu Wien
Verlag und Alleinverkauf von Alois Förster in Maria Dreieichen.
Nachahmung verboten!
Bilder der romantischen Romane von J. G. Grasel
13

Die Kaffeehauskette Starbucks führt einen verbissenen Kampf gegen Gott. Genauer gesagt: gegen einen seiner Vertreter auf Erden, eine US-Kirche und deren Prediger, Reverend Billy. Ein Gerichtsurteil untersagt Rev. Billy sich irgendeinem Starbucks in Kalifornien weniger als 250 Yards (228,6 Meter) zu nähern. Zudem hat Starbucks ein Hausverbot für alle Filialen auf der Welt ausgesprochen.

TATblatt

Reverend Billy, mit bürgerlichem Namen Bill Talen, stammt aus New York und ist Begründer der "Church of Stop Shopping", einer offiziellen Religionsgemeinschaft. Als solcher pflegt er mit dem "Chor des Evangeliums von Stop Shopping" vornehmlich Lokale von Starbucks aufzusuchen, in denen er in Predigten, begleitet von religiösen Gesängen seines Chors, über die Übel der Gier der Firmen, die Gefahren von Konsum und die Machenschaften von Starbucks die dort Anwesenden aufklärt.
Anlaß für das Gerichtsurteil des kalifornischen Gerichts war eine Predigt in einem Starbucks in Northridge am 19. April 2004, wo Rev. Billy den Exorzismus an einer Kassa vornahm. Dabei wurde die Kassa durch rituelles Handauflegen beschädigt und der Reverend an der Hand verletzt, was die Chormitglieder einhellig vor Gericht als "göttliches Zeichen" bezeugten.
Rev. Billy weist in seinen Predigten nicht nur auf die allgemeinen Gefahren von Konsumterror hin, sondern daß Starbucks ein Ausbeuterladen ist. Starbucks kauft Kaffee und Kakao, der unter Bedingungen extremer Ausbeutung hergestellt wird. Auf den Kakaoplantagen der Lieferanten von Starbucks in Westafrika gibt es derart arge Arbeitsbedingungen, daß die Beschäftigten faktisch SklavInnen sind. In der für den Kaffee verwendeten Milch sind Unmengen an Wachstumshormonen für Rinder enthalten. Starbucks verwendet für seine Produkte zudem Gefängnisarbeit in den USA.
Bis zu dem Urteil des Obergerichts von Los Angeles predigte Rev. Billy aber nicht nur. Die Kirchenmitglieder führten auch kleine komödiantische Stücke auf. Dabei saßen 3 Personen rund um einen Kaffee und lobten das Getränk über alle Maßen, um die Absurdität der "Gehirnwäsche durch Konzerne" zu entlarven.

Das Gerichtsurteil

Rev. Billy darf sich also keinem Starbucks mehr nähern. Für Kalifornien bedeutet das, daß er nicht mehr den Flughafen erreichen kann ohne das Urteil zu mißachten, da die Gegend mit Filialen von Starbucks vollgepflastert ist. Auch sonst ist durch die Bannmeile die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Das Urteil untersagt Rev. Billy jedoch nicht nur die Annäherung an Starbucks-Lokale. Es ist ihm im Originaltext (keine Satire!) verboten "computerisierte Kassen zu beunruhigen, zu verfolgen oder sexuell zu bedrohen".

Weitere Predigten

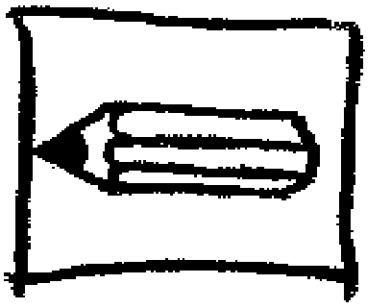
Während Rev. Billy also derzeit von Starbucks ablassen muß, bis die Berufung gegen das Urteil entschieden ist, hat er sich einer neuen Wirkungsstätte zugewendet. Am 1. Oktober suchte er die Kantine von Halliburton in Houston in Texas auf, jenem Konzern, der im wesentlichen die Ursache für den Irak-Krieg und der größte Profiteur ist. Mit vollem Eifer predigte er den Beschäftigten "das Evangelium der Reue von Gier und Ausbeutung". Das sei der Beginn "der Austreibung des Teufels Halliburton und des Profitierens vom Leid amerikanischer Truppen und der Irakis aus Houston".

Imageschaden

Durch Rev. Billy und seine Church of Stop Shopping, die sich konsequent auf den Zusatz zur US-Verfassung zur Garantie der freien Religionsausübung beruft, hat das Image von Starbucks schwer gelitten. Für Starbucks steht ein ähnliches PR-Debakel im Raum, wie es McDonalds durch den Verleumdungsprozeß gegen zwei AktivistInnen in London (McLibel-Prozeß) erlitten hat. In den letzten Wochen war Starbucks häufiges Ziel von nachgemachten "Starbucks"-Internetseiten, die zunächst der Originalseite zum Verwechseln ähnlich sind, dann aber das Firmenlogo verändern.

Als solcher pflegt Rev. Billy mit dem "Chor des Evangeliums von Stop Shopping" Lokale von Starbucks aufzusuchen und über die Übel der Gier, die Gefahren von Konsum und die Machenschaften von Starbucks aufzuklären.

Infos:
www.revbilly.com
www.starbuckscoffee.co.uk



Deportation wegen "Verworfenheit"

Die Touristin Caroline Levett wollte im Oktober ausgerechnet in die USA reisen, um einen lange geplanten Traumurlaub zu verbringen. Doch damit war es schon am Flughafen vorbei.
Der Immigrationsbeamte wollte von der Touristin wissen, ob sie schon einmal wegen des Delikts "moralische Verworfenheit" verurteilt wurde. Levett geriet etwas in Konfusion und wußte offensichtlich nicht wirklich, was damit gemeint sein könnte. Daher "gestand" sie, daß sie vor 20 Jahren während eines Streits mit einem damaligen Partner dessen Besitz beschädigt habe und deswegen damals verurteilt wurde.
Wegen offensichtlicher Verworfenheit wurde Levett umgehend von zwei bewaffneten Wächtern abgeführt und deportiert.

Kärntner Ideen

FP-Justizministerin Karin Mik-lautsch ließ mit den Vorschlag aufhorchen SoldatInnen zur Verstärkung der Justizwache in die Gefängnisse abzukommandieren. Umgesetzt wird diese Idee allerdings genau so wenig wie der Vorschlag eines freiheitlichen Betriebsrates in Wien eine eigene U-Bahn Polizei zu schaffen und der Vorschlag des Kärntner Landeshauptmann, Jörg Haider, Schulen flächendeckend mit Video zu überwach-en und SchulärztInnen die SchülerInnen regelmäßig auf Drogen zu untersuchen.

Privates Tracking

In Kalifornien benutze ein Mann Tracking-Technologie, die entwickelt wurde um Eltern permanent über den Aufenthaltsort ihrer Kinder zu informieren, um seine Ex-Freundin zu verfolgen und zu belästigen. Dabei handelte es sich um ein Handy, das mittels GPS über Satellit jede Minute Informationen über den Aufenthaltsort an den Benutzer/die Benutzerin sendet und versteckt am Auto angebracht wurde.

Kriminelle Babies

In Großbritannien begann Anfang September eine Debatte um die Kinder von Straffälligen. Etwa zwei Drittel dieser werden selber straffällig. Innenstaats-sekretärin Hazel Blears will dies zum Anlass nehmen, sie ab ihren dritten Lebensjahr zu überwachen und im Bedarfsfall "speziell" zu betreuen.

Selbsthilfe-Wahn

In Salzburg wurde ein verhinderter Hilfssheriff in eine Klinik eingewiesen. Nachdem der Fernfahrer ein "verdächtiges" Auto, in dem eine Axt und anderes Werkzeug sichtbar herumlagen, an einem Waldrand stehen sah, schob er es mit seinem Zugfahrzeug gegen mehrer Bäume. Am nächsten Tag meldete er sich bei der Gendarmerie und forderte eine Belobigung.
Terror im Taxi

Taxi-Terror

Singapur hat seit 15. Oktober eine eigene Anti-Terror-Truppe: Sämtliche 40.000 TaxifahrerInnen des Landes. Die Regierung hat den strikten Auftrag erteilt, sich durch aufmerksames Beobachten am Kampf gegen den Terror zu beteiligen. Ab nun kann es sehr ungemütlich werden, wenn eine unwissende Person eine der folgenden prä-terroristischen Taten begeht: Das Tragen dicker oder loser Kleidung, das Tragen schweren Gepäcks ohne sich helfen zu lassen, verdächtiges Reden oder Betragen. "TaxifahrerInnen können unwissentlich zu Instrumenten von TerroristInnen, die die Sicherheit Singapurs gefährden, werden", meinte Polizeioffizier Ng Guat Ting anläßlich der Verteilung von 75.000 Flugblättern an TaxifahrerInnen. Weitere Verdachtsmomente ergeben sich, wenn sich Personen zu Regierungsgebäuden fahren lassen oder vor oder nach ihrem Ziel aussteigen wollen. Auch Fragen nach Feierlichkeiten oder Konferenzen, an denen wichtige Persönlichkeiten teilnehmen, sind verdächtig. Besonders verdächtig sind Passagiere, die danach fragen, wo sie Gebrauchtwagen kaufen können.

Verdächtiges Brummen in Australien

Seit dem 9/11 ist auch Australien aufmerksam. Zuletzt schrillten alle Alarmglocken, als auf dem Provinzflughafen Mackay, 700 km nördlich von Brisbane im Nichts des Bundesstaates Queensland, ein Brummen aus dem Mistkübel zu hören war. Darauf hin wurde der Flughafen für eine Stunde gesperrt. Kurz vor der kompletten Evakuierung und als die Sprengstoffabteilung schon im Anrücken war, identifizierte ein Passagier das Päckchen mit einem Vibrator, der von selbst losgegangen war, als seines. Dieser Terrorakt konnte also gerade rechtzeitig vor einer Notsprengung aufgeklärt werden.

Interpol warnt vor gefälschten Leibchen

Der Direktor von Interpol in Paris, Jean-Michel Louboutin, warnt KonsumentInnen davor, gefälschte Markenartikel, wie etwa Gucci-Taschen oder Armani-Leibchen, zu kaufen. Was vielen als harmloser Sport zum billigen Erwerb von Markenprestige erscheinen mag, hat eine todernsten Hintergrund. "Wenn sie zum Beispiel eine gefälschte Uhr kaufen, dann wird das Geld in die Taschen von Mafia- und terroristischen Gruppen kanalisiert", so der Interpol-Mann. Michel Danet, Präsident der eher unbekannten "Weltzollorganisation", geht noch einen Schritt weiter: "Tausende Tote wurden durch gefälschte Medikamente verursacht".
Diese Thesen wurden auf einer Konferenz in Rom verbreitet. Dort wurden die Probleme einer ziemlich ominösen Organisation namens "Global Business Leaders Alliance Against Counterfeiting" diskutiert, der u.a. Gillette, Procter & Gamble, Unilever, Heineken, BP, Philip Morris und Coca Cola angehören.

Sicherheitsrisiko John Lennon

Mitten in dem ganzen Chaos rund um vibrierende Bomben, mafia-verseuchte Leibchen und gebrauchwagensuchende herumirrende

Singapurgefährdende kämpft eine Behörde seit 23 Jahren den ultimativen Kampf um den Erhalt des Staates: Das Justizministerium der USA gegen Jonathan Wiener, Professor an der University of California. Es geht um eine Biografie um den Ultraterroristen John Lennon, der 1980 starb und über den Wiener eine Biografie schreiben möchte. Lennon beteiligte sich an Aktionen gegen den Vietnam-Krieg, was ihm die Aufmerksamkeit des FBI eintrug. Nun prozessiert Wiener seit eben 23 Jahren gegen die USA, um die Freigabe der Spitzelakten zu erreichen. 1997 gewann Wiener schon einmal vor Gericht, weshalb 200 Seiten der Akte herausgerückt werden mußten. Daraus ging hervor, daß Präsident Nixon 1971 und 1972 persönlich eine Deportation von Lennon betrieben hatte, um dessen Vietnam-Proteste zu beenden. Lennon hatte eine Konzerttour geplant, bei der er die Leute auffordern wollte, zur Wahl zu gehen. Ein unverzeihlicher terroristischer Akt, der durch die Deportation letztendlich unterbunden wurde. Allerdings wurden Wiener 1997 nicht alle Dokumente ausgehändigt. 10 Dokumente fehlen noch. Ein Bezirksrichter entschied nun, daß das Justizministerium die Dokumente freigeben muß, obwohl die Regierung als Grund “nationale Sicherheit” angeführt hatte. In Wirklichkeit dürfte es sich um dem FBI durch die britische Regierung übergebene Spitzelberichte des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 handeln. Das Justizministerium erwägt eine Berufung gegen das Urteil.

Paranoia in Kürze

Überwachung und Skandalisierung

Mit 26. Juni ist in Deutschland ein neues Telekommunikationsgesetz (TKG) in Kraft getreten, das im Zuge des allgemein zu beobachtenden Sicherheits- und Überwachungswahns neue Möglichkeiten eröffnet. Ein Beispiel von vielen in zahlreichen Ländern, die in Richtung präventiver Kontrolle statt konkreter anlaßbezogener Ermittlung abzielt.

Antifaschistisches Info Blatt

Nach dem neuen TKG Deutschlands müssen Telekommunikationsanbieter nunmehr technische und organisatorische Voraussetzungen schaffen, die eine Überwachung ermöglichen. Daten müssen bis ein Jahr nach Vertragsbeendigung gespeichert und “berechtigten Stellen” zur Verfügung gestellt werden. Die Speicherpflicht gilt auch für Wertkartentelefone, für die nun Ausweispflicht gilt. Damit folgt Deutschland dem Beispiel der Schweiz, wo anonyme Wertkartentelefone nicht mehr erhältlich sind und bestehende zwangsweise umgestellt oder gesperrt werden. Sogenannte Verkehrsdaten (z.B. gewählte Anschlüsse) können unbegrenzt gespeichert und ausgewertet werden.
Waren bisher durch richterliche Anordnung einzelne Anschlüsse zur Überwachung freizugeben, so können nun ganze IP-Adressen, Gerätenummern usw. überwacht werden.

Präventive Kontrolle statt Strafverfolgung

Dieses Gesetz ist nur ein Beispiel für die allgemeine Tendenz präventiv vorher definierte Gefahren abzuwehren. Weitere Maßnahmen sind die automatisierte Einlesung von Autokennzeichen, wie sie beispielsweise in Norwegen bereits üblich und in Wien für die neue Autobahn S1 vorgesehen ist, biometrische Ausweise und DNA-Datenbanken. Der Mythos hinter diesen Strategien ist die soziale Kontrolle in einer Phase raschen sozialen Wandels und damit einhergehenden Kontrollverlusts des Individuums in seiner/ihrer unmittelbaren Umgebung zu kompensieren. Dadurch verschwimmen auch die Aufgabenbereiche von Geheimdiensten und Polizei immer mehr, da das Bedrohungsszenario “Gefahren in allen Lebenslagen” und nicht konkrete Verdachtsmomente auslösen.

Gegenmaßnahmen

Eine beliebte und durchaus erfolgreiche Gegenmaßnahme gegen diese Strategie der Disziplinierung und des sozialen Auschlusses von unerwünschten Personen aus dem öffentlichen Raum ist die Skandalisierung des Abbaus von Grundrechten. Die Skandalisierung einzelner Maßnahmen, wie etwa neuer Überwachungsgesetze, eröffnet die Möglichkeit in eine breitere Diskussion den Aspekt des herrschenden Denkmusters bezüglich Kontrolle in der Gesellschaft einzubringen, also vom absurden Einzelfall auf das Ganze zu schließen. Falls diese Problematisierung weder in Nostalgie einer angeblich besseren (sozialstaatlichen) Vergangenheit, noch in einen Rechtspositivismus abrutscht, ist es möglicherweise eine einfache, aber recht effektive Gegenstrategie zu den Technokraten des Hochsicherheitsstaates.

Anmerkung: Dieser Artikel basiert auf dem Beitrag “Heimliche Überwachung der Kommunikation” im AIB Nr. 64, Herbst 2004 und ist eine stark gekürzte Bearbeitung.

Britische Gerichtsbarkeit

Einschüchternde Gesetze

Das britische Rechtssystem befindet sich schon seit längerem in einer schweren Krise. Willkürliche Gesetze wie die Bestimmungen über Verleumdung führen dazu, daß Großbritannien bei Verurteilungen durch den Gerichtshof für Menschenrechte ganz vorne ist. Einige Beispiele der jüngsten Zeit stärken nicht gerade das Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung in das Rechtssystem.

TATblatt

Da war zunächst vor einem Jahr die Suspendierung von Richter Roger Davies, Spitzname "Hanging Judge of Horseferry". Dieser zeigte besondere Freude daran, DemonstrantInnen der 1. Mai-Demos mit Haftstrafen einzudecken. Kurz bevor er im Mai 2003 weitere DemonstrantInnen einbuchten konnte, wurde er wegen Beschuldigungen, minderjährige Männer für Sex bezahlt zu haben, vom Dienst freigestellt. Sein Gehalt von 90.000 Pfund (144.000 Euro) im Jahr lief ungekürzt weiter. Ein Jahr später hat eine sinistre Seilschaft im Justizapparat es geschafft, die Ermittlungen ins Nichts laufen zu lassen und sie somit eingestellt. Davies erhielt vor kurzem eine Abfindung von 100.000 Pfund und eine jährliche Pension von 45.000 Pfund zuerkannt.

Der Fall Davies ereignete sich nur vier Monate nach der Affäre um Richter David Selwood, der wegen des Herunterladens von Kinderpornografie rechtskräftig verurteilt wurde. Selwood ist auch sonst kein Unbekannter: 1997 verurteilte er die drei Herausgeber der Zeitschrift Green Anarchist zu einer unbedingten Gefängnisstrafe, da sie Informationen veröffentlicht hatten, "die zur Begehung krimineller Schäden aufriefen". In seiner Urteilsbegründung bezeichnete Kinderpornograf Selwood die Zeitung als "das verachtungsvollste Dokument, das ich in meiner ganzen Karriere gesehen habe".

Zu Rechtssprechung in ganz spezieller Manier wächst sich auch der von Labour zum Schutz von Konzernen vor unzufriedenen BürgerInnen erlassene "Protection from Harassment Act", also das Gesetz zum Schutz vor Einschüchterung. Dabei genügt es, daß ein sich eingeschüchtert fühlender Konzern oder eine Person einen Anwalt zu Gericht schickt, der ohne weitere Anhörung eine Anordnung (indictment) gegen Personen erläßt, die deren Bewegungsfreiheit einschränkt, also beispielsweise verbietet, daß Person XY sich der Firma weniger als 200 Meter nähert. Als Spezialist für solche Kurzverfahren ohne Rechte der Personen, gegen die die Anordnung erlassen wird, tritt die Anwaltskanzlei Lawson-Cruttenden Solicitors auf, die zahlreiche Firmen zu einem Stundensatz von 400 Pfund vertritt. Das Gesetz scheint nicht aus Zufall auf die Bedürfnisse dieser Kanzlei und ihres Klientels zugeschnitten. Die Kanzlei protzt als Werbung damit, daß sie an der Verfassung des Entwurfs beteiligt war.

Betroffene des Harassment Act sind primär Anti-Gen- und TierrechtsaktivistInnen, aber auch VertreterInnen von Behinderteninitiativen, Streikende usw. Einfach jede Firma oder Institution, die sich belästigt fühlt, geht zu Gericht und erhält ohne Umschweife eine solche Anordnung.

Nebeneffekt ist, daß die rechtlosen "Angeordneten" auch noch astronomische Honorarforderungen der AnwältInnen erhalten. Lynn Sawyer, Aktivistin gegen das Tierversuchslabor HLS, erhielt kürzlich von Lawson-Cruttenden Solicitors eine Rechnung von 320.000 Euro zugestellt. Sawyer war nur eine von 12 durch Lawson-Cruttenden Solicitors belästigte, doch der Harassment Act schreibt nicht vor, daß bei

Betroffene des Harassment Act sind primär Anti-Gen- und TierrechtsaktivistInnen, aber auch VertreterInnen von Behinderteninitiativen, Streikende usw. Einfach jede Firma oder Institution, die sich belästigt fühlt, geht zu Gericht und erhält ohne Umschweife eine solche Anordnung.

12 Beklagten die Kosten geteilt werden müssen. Von Rechts wegen müßte Sawyer nun alles alleine bezahlen, einschließlich auch weiterer Kosten für Berufungsverfahren, selbst wenn sie sich nicht daran beteiligt.

Burma Campaign News

In Burma wurde der von den USA als "gemäßigt" aufgebaute Premierminister und Geheimdienstchef Nyunt durch den Juntachef Than Shwe entmachtet. Damit ist für lange Zeit jede Hoffnung, daß die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi aus dem Hausarrest entlassen werden könnte, nichtig. Nyunt wurde durch einen General ersetzt, der sich persönlich für einen Angriff auf einen Konvoi von Suu Kyi während einer Tour durch das Land stark gemacht hatte. Dieser Angriff war letztlich der Anlaß für die Verhaftung von Suu Kyi und vielen Oppositionellen durch das Militär vor einigen Monaten.
Als Reaktion darauf beschloß die EU eine Verschärfung der Sanktionen gegen Burma, die auch ein Verbot von Neuinvestitionen behandeln. Nur Frankreich reklamierte erfolgreich eine Sonderregelung, die Investitionen des Ölmultis Total in Burma weiterhin erlaubt. Total und Unocal (USA) sind die wichtigsten Investoren in Burma.
In den USA haben nun auch wichtige wissenschaftliche Gesellschaften Exkursionen nach Burma storniert, nämlich das American Museum of Natural History, Smithsonian und die Asia Society.
Wie nicht anders zu erwarten, wird die AUA im November wieder mit Flügen nach Burma beginnen. Allerdings kann es als Erfolg der bisherigen Kampagne gewertet werden, daß die Werbeintensität der Reisebüros sehr stark nachgelassen hat. Von einer offensiven Bewerbung wie in den beiden letzten Jahren kann keine Rede mehr sein.

Terrorachse UK - Usbekistan

Usbekistan ist Teil der "Allianz gegen den Terror" und treuer Verbündeter der USA und Großbritanniens. Diktator Karimov ist zur Unterstützung von Frieden und Demokratie in der Welt durchaus nicht abgeneigt, auch gelegentlich politische Gefangene bis zum Eintritt des Todes zu kochen. Daß daran nichts auszusetzen ist, mußte der britische Botschafter in Usbekistan, Craig Murray, wenn schon nicht gekocht, doch trotzdem am eigenen Leib erfahren.

Der usbekische Diktator Islam Karimov hat ein Terrorregime im Land errichtet, das beispielsweise für derzeit 6.000 politische Gefangene verantwortlich ist. Ein Teil derer wird systematisch gefoltert, um die aktive Rolle Usbekistans gegenüber den USA und Großbritannien zu dokumentieren. Eine weitere Leistung ist die Einräumung von Landerechten für US-Flugzeuge für den Einsatz im Irak.
Als Gegenleistung erhält Karimov nicht nur den Persilschein eines aufrechten Terrorbekämpfers, sondern auch finanzielle Zuwendungen. Für 2002 und 2003 erhielt Usbekistan 500 Mio. US$ an Hilfe durch die USA und Großbritannien, wovon 79 Mio. US$ an die Polizei und den Geheimdienst gingen. Weitere 75 Mio. US$ gab es 2003 für die Landerechte. Anfang 2003 gab Tony Blair persönlich alle Waffenexporte nach Usbekistan frei.
Usbekistan zeigt sich dieser Hilfe würdig und übergibt regelmäßig "geständige Terroristen" an die USA. In der Praxis sind das gefolterte politische Gefangene, die zu Geständnissen gezwungen wurden. Der Vorsitzende von Human Rights Watch in Großbritannien, Steve Crawshaw, wirft der britischen Regierung vor, daß "sie von der Arbeit von Folterern Gebrauch macht".

Dissidenter Botschafter

Craig Murray trat 2002 sein Amt als britischer Botschafter in Usbekistan an. Kurz nach seiner Ankunft in Taschkent gab er einer Menschenrechtsorganisation ein Interview, in dem er die Menschenrechtsverletzungen anprangerte. Als nächstes schickte er Außenminister Jack Straw von der Labour Party einen offiziellen Bericht, um die Moral und Verläßlichkeit von unter der Folter erpreßten Geständnissen zu hinterfragen. Seine Meinung nach würde die usbekische Regierung Gefangene foltern lassen, um ihre wichtige Rolle zu bestätigen. Das Außenministerium stempelte ihn als Antwort mit "unzuverlässig" ab. Außerdem kam aus dem Ministerium von Straw die Stellungnahme, daß Informationen, die unter Folter erhalten werden, "das Risiko wert sind, um britische Staatsbürger zu schützen". Murray ließ sich davon nicht beirren und entfesselte damit eine Sudelkampagne durch das Außenministerium. Dieses beschuldigte ihn, ein schwerer Alkoholiker zu sein, den Land Rover der Botschaft über Stufen gefahren und Visa im Austausch für Sex vergeben zu haben. Nach einem Nervenzusammenbruch ging Murray mit der Sache an die Öffentlichkeit, worauf hin ihm die Sicherheitsbestätigung des Ministeriums entzogen wurde. Seitdem konnte Murray nicht mehr interne Dokumente einsehen, die er zuvor als Botschafter erhielt. Mitte Oktober setzte das Ministerium den Schlußpunkt und feuerte Murray.

Rezension

Von der Türkengefahr und dem Christentum

"Türkengräuel" und Machterhalt des Hauses Habsburg

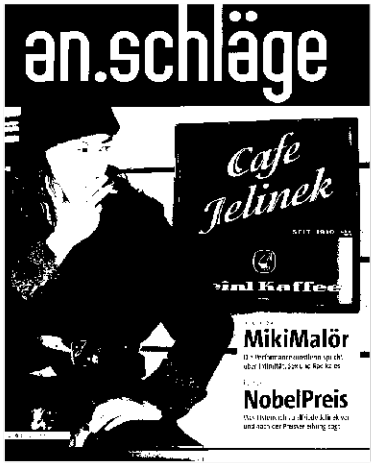
Nach Lektüre dieses Buches sind die letzten Zweifel behoben, warum jedes Volksschulkind zwar über die Türkenbelagerungen indoktriniert wird, aber von Kriegsverbrechen der Nazis keine Ahnung hat. Die aktuelle Debatte über den EU-Beitritt der Türkei, die allzeit "verräterische Diplomatie Frankreichs" (Stichwort: Sanktionen) und die jämmerlichen Allianzen mit Ber-lusconis Operettenaußenpolitik (Flüchtlingslager in Nordafrika) sind nur weitere Bausteine in einer langen historischen Kontinuität. Übrigens bemerkte ein Italiener bereits 1550, daß die Türkinnen zu viele Kinder bekommen und daher die Pest ein Segen sei, denn "sonst würde die Zahl der Türken ins unermeßliche steigen".

Die Türkengefahr als historischer Begriff kann in seiner Entstehung durch die Geschichtsforschung genau datiert werden: 1453, als das Osmanische Reich Konstantinopel eroberte.
Als Reaktion darauf wurde zum Kreuzzug aufgerufen, was aber keine historische Besonderheit darstellt, ebenso wenig wie die Eroberung Konstantinopels selbst, ein wenig herausragendes Faktum in einer laufenden Abfolge von Kriegen. Selbst die sofort wieder einsetzenden "Türkenpredigten" in den Kirchen machten keinen Unterschied zu früheren ähnlichen Ereignissen. Doch im selben Jahr wurde der Buchdruck erfunden und damit setzte eine für damalige Zeiten unglaubliche Verbreitung der Berichte über die Türkengefahr ein. Besonders im deutschsprachigen Raum wurde ausgiebig über die "Türkengräuel" berichtet. Gleichzeitig versuchte die Habsburgermonarchie das unabhängige Ungarn unter Kontrolle zu bringen. Die erste sozusagen nationalstaatlich durchgesetzte Maßnahme der Habsburger war in der Folge die zunächst freiwillige, dann jedoch verpflichtende Einhebung einer Steuer zur Bekämpfung der Türkengefahr, die in weiterer Folge die Anerkennung der Habsburger durch die bis dahin unabhängigen ungarischen Stände brachte. Dazwischen lagen Jahrzehnte wechselnder Kriegs- und Friedenszeiten, während denen nicht nur Wien durch Truppen des Osmanischen Reichs, sondern auch Buda zweimal durch habsburgische Truppen erfolglos belagert wurden.
In das Jahr 1453 fällt jedoch auch die Entstehung des Begriffs Europa, der bis dahin keine Rolle gespielt hatte, als christliche Abwehrkonstruktion gegen das Osmanische Reich. Insbesondere Maximilian I bastelte an einer Koalition zwischen dem habsburgischen Reich, Venedig und Frankreich zur Bekämpfung des Osmanischen Reichs. Allerdings scheiterte eine solche Koalition an der Haltung Frankreichs, das über mehrere Jahrzehnte ein Bündnis mit dem Osmanischen Reich pflegte. In der Geschichtsforschung Österreichs wird bis heute das Bild einer "schmählichen Haltung" Frankreichs am Leben erhalten, ebenso wie der Mythos, daß Österreich der Hauptleidtragende der Osmanischen Expansionsbestrebungen gewesen sei. Kurz zusammengefaßt stellte sich am Ende der zahlreichen Kriege und Friedensabkommen in 15. und 16. Jh. die Lage so dar, daß nur Venedig die enormen Kosten durch einen völligen Machtverfall zu bezahlen hatte. Frankreich und das Osmanische Reich konnten ihre Position im Mittelmeerraum wesentlich verbessern, Österreich in Zentraleuropa durch die Eingliederung Ungarns und Siebenbürgens. Während Venedig völlig dezimiert wurde, fiel kein einziges österreichisches Dorf an das Osmanische Reich.
Besonders schön sind Beispiele österreichischer Nachwirkungen der Türkengefahr in der Geschichtsforschung abzulesen. Da schwadroniert im Jahr 1994 ein Historiker in einer Zeitschrift eines Universitätsinstituts über "das Ungeheuerliche einer solchen Verbindung" zwischen dem Osmanischen Reich und Frankreich und daß "sich das Papsttum zu Ende des 15. Jahrhunderts in bedenkliche Türkenkontakte eingelassen" hat, sowie von der "Skrupellosigkeit" Frankreichs.
Insbesondere im Habsburgerreich wurde die Türkengefahr stets auch zur inneren Stabilisierung eingesetzt. Außenpolitisch plante Maximilian I eine Allianz, wobei das Hauptheer über Ungarn gegen die Türken ziehen sollte, während spanische, englische, italienische und französische Truppen Nordafrika erobern und dann vom Mittelmeer aus angreifen sollten. Frankreich wurde aber auch des öfteren mit dem Osmanischen Reich zu den Feinden des christlichen Abendlandes gezählt.
Zu diesem Konstrukt paßt, daß ab 1453 die zeitgenössischen Berichte über das Osmanische Reich in Frankreich wesentlich weniger vom Stereotyp der Türkengefahr und von negativen Stigmatisierungen geprägt sind, im Habsburgerreich am meisten.

Almut Höfert
Den Feind beschreiben. "Türkengefahr" und europäisches Wissen über das Osmanische Reich 1450-1600
Frankfurt/New York 2004
Campus Verlag
465 Seiten
46,30 Euro

Monatlicher Feminismus an.schläge

Aus aktuellem Anlass, weil gerade - wie die letzten 2000 Jahre - Frauen beispielsweise zwar über 50% der Weltbevölkerung stellen, jedoch Madonna und Queen Elizabeth eingerechnet über 1% des Welteinkommens verfügen, möchten wir auf die aktuelle Ausgabe eines uns wertgeschätzten, geliebten und auch sonst verbundenen Magazins hinweisen: an.schläge



Weibliche Kunst ist zwar meistens nicht in, und schon gar nicht hierzulande, aber Elfriede Jelinek macht's möglich, daß sie vorübergehend zur Kenntnis genommen werden muß. Eine schöne Übersicht über die Vereinnahmungsversuche von Schleimbeuteln wie Morak und Klasnic und Erinnerungen an den Geifer des Vatikan erfreuen das Herz in dem Beitrag "Allein am Podest!" Provo pur liefert auch die Performancekünstlerin Miki Malör, einstweilen von Fischer und Schüssel noch ungeehrt.

Die autonome Frauenzeitschrift AUF ist 30 Jahre alt geworden. Ganz schön zäh, sagen wir mit unseren 16 Jahren.

Ausführlich wird patriarchale Doppelmoral am Beispiel Prostitution anhand der Geschichte der Sexarbeit in Wien gewürdigt. Weiterer Schwerpunkt ist das Leben in Frauenhäusern.

Das TATblatt kann sich dem Standpunkt nicht verschließen, daß es für die geneigte LeserInnenschaft nicht unschicklich ist, sich mit diesen Themen ausführlich zu beschäftigen. Insbesondere unserem männlichen Publikum sei ein wenig Feminismus ans Herz gelegt, bevor dieses seinen Beitrag zu gemeinsamer Hausarbeit als erstem aber radikalen Schritt zu einer besseren Welt setzt.

an.schläge
Das feministische Magazin erhältlich dort, wo es das TATblatt gibt, oder direkt bei den Herausgeberinnen: redaktion@anschlaege.at

infoLADEN 10

Notruf
523 22 22
Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen

die
volxbibliothek
lädt
zur
EKH-soli-Veranstaltung
des
1. wiener lesetheaters
mit rolf schwendter

bei kaffee und kuchen
im ekh-beisl 10., wielandgasse 2-4

am sonntag 12.12.04
um 16 uhr

Volxbibliothek im EKH
jeden Mittwoch 17-20 Uhr

Ja, ich will ...

... das TATblatt abonnieren ☐

Name:

Adresse:

TATblatt
Wielandgasse 2-4/414
1100 Wien

Preise innerhalb Österreichs:
20 Nummern Abo: 27 Euro ☐
20 Nummern Förderabo: 60 Euro ☐

Preise außerhalb Österreichs:
20 Nummern Abo: 42 Euro ☐

Ihr könnt auch ein E-Mail schicken: TATblatt@blackbox.net oder über unsere Website www.tatblatt.net bestellen.

Österreichische Post AG • Info.Mail Entgelt bezahlt •

Postentgelt bar bezahlt
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1100
DVR-Nr.: 0558371

Info.Mail
Entgelt bezahlt

Achtung AbonnentInnen!

Die im Adresspickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Nummer ist die des des letzten TATblatts, das du im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst. Bei Fehlern oder Unklarheiten schreibe uns bitte!

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin: Unabhängige Initative Informationsvielfalt, 1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Tel./Fax.: (01) 641 03 17
e-mail: tatblatt@blackbox.net
Redaktion: ebd.
Druck, Vertrieb: ebd.
Konto P.S.K. 75 47 212

tatblatt.net

Verkaufsstellen

Wien 1: BH Winter (Landesgerichtsstr. 20), **Wien 6**: Rave Up (Hofmühlg. 1) **Wien 7**: Südwind (Mariahilferstr. 8) **Wien 9**: Buchwelt (Schwarzspanierstr. 15), Anarchistische Buchhandlung (Hahng. 15) **Wien 10**: Infoladen 10 (Wielandg. 2-4) **Graz**: ÖH-Gewi (Schuberstr. 6a/1), Infoladen Bewegungsmelder (Jakoministr. 32) **Wels**: KV Infoladen (Spitalhof 3) **Linz**: Infoladen Treibsand (Rudolfstr. 17) **Salzburg:** Infoladen (Lasserstr. 26) **Innsbruck:** Infobeisl, PNK-Bogen (19)

Redaktionelles

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe, nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge sowie Texte im "TATblatt-Originaltextservice" geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern der VerfasserIn wieder.

Dem Ehrenkodex des Österreichischen Presserates verpflichtet

VAZ

Mitglied des Verbandes alternativer Zeitungen und Zeitschriften